

Schwedter Tageblatt

Verkündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Vierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,40 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellschreiben besonders.



Postcheckkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einpaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigenannahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 9

Mittwoch, den 11. Januar 1928

35. Jahrgang

Chronik des Tages.

— Reichsminister Dr. Marx empfing den deutschen Botschafter von Britanien und Gaffron, der sich am Donnerstag nach Washington begibt.
— Das Reichsgericht eröffnete am Dienstag den Spionageprozeß gegen den Dokumentenführer Sched.
— Die Berufungsverhandlung im Prozeß des Rittergutsbesizers von Treskow gegen Major a. D. Badide endete mit der Freisprechung des Angeklagten.
— Der polnische Außenminister Jaleski beschäftigte sich in einer Rede in Warschau mit den Beziehungen zu Deutschland, Rußland und Litauen.
— Die Berliner Staatsanwaltschaft hat die Leichen sämtlicher Opfer des Explosionsunglücks in der Landsberger Allee freigegeben.
— Unweit Rudmantel hat sich der ehemalige Leiter der schlesischen Selbsthilfe, Generaldirektor Dr. Krüger, erschossen.
— Bei einer Gasexplosion in einer Hamburger Wohnung wurden eine Frau schwer und ihr 15-jähriger Sohn leicht verletzt.
— Bei Modena (Stallen) stürzte ein Autobus in einen Kanal, wobei sechs Menschen den Tod fanden.

Deutschland und Polen.

Eine Rede des polnischen Außenministers über die Politik Warschaws.

Anlässlich einer Veranstaltung des Warschauer Instituts zum Studium der internationalen Beziehungen beschäftigte sich der polnische Außenminister Jaleski in längerer Rede mit den Beziehungen seines Landes zu Deutschland, Rußland und Litauen. Jaleski führte aus, die deutsch-polnischen Beziehungen hätten sich in letzter Zeit merklich gebessert, die deutsche Bevölkerung betrachte Polen nicht mehr als einen Saisonstaat, und in Genf habe die deutsche Delegation einen Standpunkt eingenommen, der die Friedensbestrebungen in Polen gefördert habe. In Zukunft würden die Danziger Fragen, die bisher Deutschland und Polen in Gegensatz zu einander brachten, in Genf weit weniger Raum einnehmen, als bisher. Der Zwang zur wirtschaftlichen Verständigung werde immer stärker, auch glaube niemand mehr, daß ein Polikrieg der einen oder anderen Wirtschaft Vorteile bringe.

Der Schlussteil der Rede Jaleskis galt den Beziehungen zu Litauen und Rußland. Gegen Litauen äußerte sich Jaleski ziemlich ruhig. Woldnaras Rede über Litua suchte er mit inneren Schwierigkeiten Litauens zu entschuldigen; er meinte, in Genf habe man einen Schritt vorwärts getan, allerdings erfordere eine endgültige Wendung noch Zeit. Was Rußland betreffe, könne Polen auch hier eine Besserung der gegenseitigen Beziehungen feststellen.

Die Rede des polnischen Außenministers hat in Deutschland große Beachtung gefunden, und das um so mehr, als sie eine Art Einleitung zur Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Verhandlungen am Donnerstag bilden soll. Wenn Jaleski darauf hinweist, daß eine Fortsetzung des deutsch-polnischen Polikrieges niemand zum Vorteil gereicht und betont, daß Deutschland die Existenz Polens als Tatsache betrachte, so hat er damit durchaus recht. Warschau muß sich jedoch hüten, daraus zu folgern, daß Deutschland sich nunmehr auch mit den reichlich weit gezogenen Grenzen des polnischen Staates abgefunden hat! Ein derartiger Verzicht Deutschlands kann niemals erfolgen. Wenn Jaleski trotzdem einen friedlichen und dauerhaften Ausgleich zwischen beiden Völkern will, muß er für die Revision der heutigen Grenzen im Osten wirken und ebenso den Kampf der polnischen Behörden gegen das Deutschtum in Ostoberschlesien und Polen ganz energisch abblasen! Bis dahin kann man die Lage im Osten nur mit ernstlicher Sorge betrachten.

Uebergreife polnischer Beamter.

Calonder protestiert gegen das Verbot deutscher Veranstaltung in Ostoberschlesien.

Der Präsident der Gemischten Kommission für Ostoberschlesien, Calonder, erteilte polnischen Beamten eine scharfe Rüge. Es handelt sich um eine für Weihnachten 1926 angelegte Feier der deutschen Minderheitenschule in Brzezje, nach deren Bekanntwerden der Polizeikommandant dem Gastwirt wegen der Freigabe des Saales Vorhaltungen machte und erklärte, wenn die Veranstaltung stattfinden würde, würde sie von Luftschiffen gestört werden; die Polizei könne keinen Schutz gewähren. Zwei Stunden vor Beginn der Weihnachtsfeier wurde diese dann polizeilich verboten. Präsident Calonder mißbilligt in seiner Entscheidung das Ver-

halten des Polizeikommandanten auf das entschiedenste und bemerkt, es sei nach viereinhalbjährigem Bestehen der Genfer Konvention ausgeschlossen, daß Veranstaltungen der deutschen Minderheit mit der Begründung verboten werden können, daß die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährdet sei! Das Verhalten des Beamten sei eine schwere Verletzung der Genfer Konvention. Ein Beamter, der mit Maßnahmen gegen die deutsche Minderheit drohe, sei keineswegs geeignet, in Ostoberschlesien öffentlichen Dienst zu tun. Der Kommandant müsse deshalb aus diesem Gebiet unverzüglich entfernt werden.

Moskaus Kampf gegen die Opposition.

Vor der Zwangsverschickung der Oppositionsführer in entlegene Landesteile.

Blättermeldungen aus Moskau zufolge, hat sich die kommunistische Partei Rußlands zu einem neuen und entscheidenden Schlag gegen die kürzlich aus der Partei ausgeschlossenen Führer der Opposition entschlossen. Danach sind dreißig bekannte kommunistische Führer aufgefordert worden, sich unverzüglich aus ihrem Wohnort nach einem ihnen noch anzudeutenden Bezirk zu begeben. Wie verlautet, handelt es sich dabei um eine Verbannung in entlegene Landesteile Sibiriens oder Asiens; die Entfernung der neuen Wohnorte von der nächsten Bahnstation wird auf 500 Kilometer geschätzt!

Was den Kreis der Verbannten betrifft, gehören ihm außer Trozki, auch Sinowjew, der frühere Botschafter in Paris, Kamenew und Nadein an. Mehrere von den Verbannten haben sich große Verdienste um den Wiederaufbau der russischen Industrie und um die Herstellung normaler Beziehungen zu ausländischen Mächten erworben.

Die Auswirkungen der Verbannungen.

Die an die Zeit des Jaren erinnern, sind vorerst noch nicht abzusehen. Einmal scheint die Zwangsverschickung dafür zu sprechen, daß der Bruch der herrschenden Richtung mit den alten Führern endgültig ist, zum andern dürfte daraus aber auch hervorgehen, daß der Einfluß der Opposition größer sein muß, als man wahrhaben will, da man sich sonst zu einer derartigen Maßnahme nicht hätte entschließen brauchen. Die auswärtige Politik Rußlands dürfte durch die Verschickung der Opposition nicht ungenügend beeinflusst werden, da sämtliche Oppositionsführer der radikalen Richtung angehören und durch ihre unbesonnene Propaganda für die Weltrevolution die Politik Tschitscherins wiederholt empfindlich gestört haben.



Trozki,

einer der Führer der russischen Opposition, der jetzt nach Sibirien verbannt werden soll.

Deutschlands Lieferungen an Frankreich.

Sardius Programm für 1928. — 800 Millionen Reparations-Sachlieferungen Deutschlands zum Ausbau französischer Häfen.

Der Minister für öffentliche Arbeiten im französischen Kabinett Sardieu gibt soeben das Sachlieferungsprogramm für 1928 bekannt. Danach soll die Gesamtsumme der deutschen Reparationslieferungen an Frankreich für 1928 um 200 auf 800 Millionen erhöht werden. Sämtliche Lieferungen betreffen den Ausbau der französischen Häfen, ferner Kanalbauten.

u. a. soll Deutschland ein neues Schwimmbad von 25 000 Tonnen liefern, das im Hafen von Le Havre untergebracht werden soll; ferner ist die Lieferung von Baggern, Materialien zu Reichsbauten und Borsäuren vorgesehen.

Große Lage der Landwirtschaft.

Ämtlicher Situationsbericht. — Drückende Lasten. — Eingriffe in die Substanz. — Einschränkung der Schweinezucht. — Mangel an geschulten Arbeitskräften.

Nach den Berichten der Landwirtschaftskammern über die gegenwärtige Lage der Landwirtschaft haben die Betriebe infolge der hohen auf ihnen liegenden Lasten vielfach in die Substanz greifen müssen, so daß sich eine ganze Reihe von Betrieben in einer verzweifeltsten befinden! Die Ablösung zurückgeforderten Kredite ist mit größten Schwierigkeiten verbunden. Neue Kredite seien, wenn überhaupt, so nur zu unvernünftigen, mäßig hohen Zinssätzen erhältlich. Hinsichtlich der Saaten wird der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß diese durch die Kahlfröste erheblich gelitten haben. Stellenweise scheinen auch die in Wieten untergebrachten Kartoffeln in Mitleidenschaft gezogen zu sein.

Die Preisgestaltung

verschiedener landwirtschaftlicher Erzeugnisse, wie Getreide, Weizen, Milch und Butter habe sich ungünstig entwickelt. In manchen Betrieben mache die Durchhaltung des Rindviehbestandes Schwierigkeiten, weil Mangel an Futtermitteln bestehe. Die Schweinezucht sei wegen ihrer Unrentabilität stark eingeschränkt worden! Die Bildung von Cierverwertungsgenossenschaften gebe den Landwirten die Möglichkeit zur Erzielung angemessener Preise. Futter und Düngemittel würden wegen mangelnder Geldmittel nur unzureichend gekauft. Die landwirtschaftlichen Nebengewerbe seien fast überall noch voll im Gange. Was den Arbeitsmarkt betreffe, nehme die Abwanderung in die Städte und in die Industrie immer mehr zu, so daß die Beschaffung geschulter landwirtschaftlicher Arbeiter denkbar größte Schwierigkeiten biete. Die ausländischen Arbeitskräfte sind in ihre Heimat zurückgekehrt. Zur Erledigung der noch verbliebenen Druscharbeiten mußten vielfach ungeschulte Arbeitslose herangezogen werden.

Freispruch im Treskow-Prozeß.

Das erstinstanzliche Urteil aufgehoben. — Hasso von Treskow legt Berufung ein.

Das Landgericht Berlin hat den Beleidigungsprozeß des Rittergutsbesizers v. Treskow gegen Major a. D. Badide am Dienstag zu Ende geführt und das erstinstanzliche Urteil, durch das Major Badide zu einer Geldstrafe von 500 M. verurteilt worden war, aufgehoben. Major Badide wurde freigesprochen; die Kosten sind dem Privatkläger auferlegt worden. Hasso von Treskow hat sofort gegen das Urteil Berufung eingelegt.

Der Urteilsfällung war eine nochmalige Vernehmung verschiedener Zeugen vorausgegangen, die bereits am Vortage in nichtöffentlicher Sitzung vernommen worden waren. Die neue Vernehmung der Zeugen von Treskow, Bornemann und des Hofmeisters des Jungdeutschen Ordens Mahraun erfolgte wiederum in nichtöffentlicher Sitzung.

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, der Artikel des Majors Badide enthalte an sich keine Beleidigung. Major Badide sei wirklich der Meinung gewesen, daß ein Vertrauensbruch Hasso von Treskows vorlag. Major Badide sei wegen des Botschafts gegen Herrn von Treskow schwer angegriffen worden, man habe ihn sogar des Landesverrats bezichtigt. Unter diesen Umständen dürfe man Major von Badide nicht übel nehmen, daß er sich zur Wehr setzte. Wenn auch auf Grund dieser Erwägungen der Freispruch erfolgte, so müsse das Gericht jedoch ausdrücklich betonen, daß durch den Freispruch keine moralische Verurteilung des Privatklägers ausgesprochen werden soll. Der Privatkläger sei zweifellos in einer schwierigen Lage gewesen. Er hätte allerdings das, was er aus den vertraulichen Besprechungen wußte, bei seinen Meldungen fortlassen können. Das Gericht bedauere außerordentlich, daß die Vergleichsverhandlungen zu keinem Ergebnis geführt haben. Es hat sich aber von der Schuld des Privatklägers nicht überzeugen können und müsse deshalb zu einem Freispruch gelangen.